



Untersuchungsausschuss

**betreffend Aufklärung, ob öffentliche Gelder im Bereich der
Vollziehung des Bundes aus sachfremden Motiven
zweckwidrig verwendet wurden
(Rot-blauer-Machtmissbrauch-Untersuchungsausschuss)**

Stenographisches Protokoll

7. Sitzung/medienöffentlich

Mittwoch, 10. April 2024

XXVII. Gesetzgebungsperiode

Gesamtdauer der 7. Sitzung

10.06 Uhr – 19.37 Uhr

Erwin Schrödinger – Lokal 1

www.parlament.gv.at



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmissbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 2

Befragung der Auskunftsperson Mag. Beate Hartinger-Klein, MA

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ich darf die Frau Bundesministerin a. D. Mag. Beate Hartinger-Klein hier als Auskunftsperson begrüßen, ebenso ihre Vertrauensperson, Frau Mag. Ulrike Pöchinger, und ihnen folgende Belehrung zukommen lassen.

Frau Mag. Hartinger Klein, Sie werden vor dem Untersuchungsausschuss betreffend Aufklärung, ob öffentliche Gelder im Bereich der Vollziehung des Bundes aus sachfremden Motiven zweckwidrig verwendet wurden, als Auskunftsperson zu den Themen Inseratenschaltungen und Medienkooperationsvereinbarungen, Umfragen, Gutachten und Studien, Beauftragung von Werbeagenturen, Betrauung von Personen mit der Leitung oder stellvertretenden Leitung von Organisationseinheiten in der Bundesverwaltung samt Staatsanwaltschaften und ausgegliederten Rechtsträgern angehört.

Sie haben mit der Ladung eine schriftliche Belehrung über Ihre Rechte und Pflichten als Auskunftsperson erhalten und ich weise Sie auf diese schriftliche Belehrung hin. Sie sind verpflichtet, die an Sie gerichteten Fragen wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss kann gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren geahndet werden.

Es besteht vor dem Untersuchungsausschuss kein generelles Recht zur Aussageverweigerung. Die Aussageverweigerungsgründe konnten Sie der Belehrung, die der schriftlichen Ladung beigefügt war, entnehmen. Die Gründe für eine Aussageverweigerung wären anzugeben und über Verlangen glaubhaft zu machen.

Ich weise Sie auch auf die bereits schriftlich mitgeteilte Geheimhaltungspflicht nach dem Informationsordnungsgesetz hinsichtlich klassifizierter Informationen hin. Dies gilt auch noch nach Beendigung der Befragung. Dem Untersuchungsausschuss vorgelegte Akten und Unterlagen dürfen nicht veröffentlicht werden. Heute vorgelegte Unterlagen dürfen weder von Ihnen noch von der Vertrauensperson an sich genommen werden. Weder Sie noch Ihre Vertrauensperson dürfen davon Kopien, Notizen oder Auszüge anfertigen.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 3

Sie sind berechtigt, Beweisstücke vorzulegen, die Zulässigkeit an Sie gerichteter Fragen zu bestreiten und den Ausschluss der Öffentlichkeit jederzeit zu beantragen.

Dann darf ich mich auch an die Vertrauensperson, Frau Mag. Ulrike Pöchinger, wenden; ich belehre auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage. Auch eine allfällige Mittäterschaft an einer vorsätzlich falschen Aussage vor dem U-Ausschuss kann gemäß § 288 Abs. 3 StGB mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden.

Auch für Sie gilt das Informationsordnungsgesetz.

Die Auskunftsperson kann Sie als Vertrauensperson jederzeit um Rat fragen und Sie können sich mit der Auskunftsperson ohne zeitliche Beschränkung beraten. Die Auskunftsperson darf dabei jedoch nicht an der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflusst oder gar daran gehindert werden.

Sie selbst sind nicht berechtigt, das Wort im Untersuchungsausschuss zu ergreifen. Bei Verletzung der Verfahrensordnung oder bei Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson steht es Ihnen frei, sich unmittelbar an mich als Verfahrensrichterin oder an den Herrn Verfahrensanwalt zu wenden. – Vielen Dank.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Vielen Dank, Frau Verfahrensrichterin.

Frau Mag. Hartinger-Klein, Sie haben das Recht, eine **einleitende Stellungnahme** abzugeben; diese soll 20 Minuten nicht überschreiten. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen? (Auskunftsperson **Hartinger-Klein:** Gerne!) – Bitte, dann bitte ich Sie darum.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Herren und Damen Richterschaft! (Heiterkeit der Auskunftsperson.) Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es tut mir leid, dass ich erst so spät dran bin, Sie werden wahrscheinlich auch schon sehr müde sein. Ich werde versuchen, mich in meiner kurzen Einführung kurz zu halten, aber mir ist das Thema der Sozialversicherungsreform sehr, sehr wichtig.

Gleich zu Beginn: Die Sozialversicherungsreform war und ist die richtige Entscheidung. Warum? – Schauen Sie, ich habe mich als Public-Health-Experte, der ich auch bin, viel mit



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 4

Gesundheitssystemen auseinandergesetzt, und viele – sage ich einmal – Experten sagen: Wie ein Gesundheitssystem am besten funktioniert – gibt es nicht!, also ist es ein staatliches Gesundheitswesen, ist es ein Sozialversicherungssystem. Wir haben, wie Sie wissen, eine Mischform. Wir haben also ein Sozialversicherungssystem und die Länder, die für das Spitalswesen zuständig sind.

Wir haben damals, sage ich einmal - - In der Regierung wurde uns das Ziel gesetzt: gleiche Leistungen bei gleichen Beiträgen, und zwar für 7,5 Millionen Versicherte, nämlich für ÖGK. Das heißt, die ASVG-Versicherten hatten vorher keine Möglichkeit, die gleichen Leistungen für ihre gleichen Beiträge zu bekommen. Das war uns sehr, sehr wichtig und es war eine Forderung vor allem der Freiheitlichen Partei, die circa drei Jahrzehnte - - Also vor 30 Jahren war das schon immer - -, dass man die Sozialversicherungen fusioniert und zusammenfasst, um hier wirklich auch den Versicherten gleiche Leistungen und gleiche Beiträge zu machen.

Wir haben die Sozialversicherungsträger von 28 auf fünf reduziert, wie Sie wissen, das in 44 Gesetzen plus drei neuen Gesetzen. Das ist so eine Strukturreform in einem Rahmen. Es hat vorher von meinem Vorgänger eine LSE-Studie gegeben, die vier Modelle vorgestellt hat, die aber alle nicht umgesetzt wurden.

Die Strukturreform der Sozialversicherung ermöglicht einheitliche Steuerungen im niedergelassenen Bereich, und besonders in der Pandemiezeit hat auch der Rechnungshof die einheitliche Vorgangsweise durch die Fusionierung gelobt. Weiters wurde generell die Verbreiterung der Risikogemeinschaft und das Ziel, die Handlungsfähigkeit der Sozialversicherungsträger zu erhöhen sowie Synergien zu nutzen, positiv vom Rechnungshof bewertet.

Verbesserung, meine Damen und Herren, kann es immer geben, sowohl rechtlich als auch finanziell. Es ist auch in der Umsetzung – sage ich einmal – sehr viel passiert, da hätte noch sehr viel effizienter gehandelt werden können – das war nach meiner Amtszeit.

Und ich muss eines sagen: Der Rechnungshof hat die Sozialversicherungsreform in den Jahren 2018 bis 2020 angeschaut. Wir haben jetzt 2024, und ich kann Ihnen sagen, wenn Sie es nicht wissen: Die ÖGK, zum Beispiel, rechnet jetzt mit einer schwarzen Null. Das heißt, es



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 5

gibt ausreichende Mittel zur Rücklagensicherung, wurden aufgebaut, und laut Geburtsprognose Februar 2024 gibt es 2024 einen Gewinn von 58 Millionen.

Die Patientenmilliarde, auf die Sie anspielen, die suggeriert natürlich etwas anderes – das war ein Marketingwording der Kommunikationsexperten des damaligen Bundeskanzlers, und zwar von Herrn Fleischmann und Herrn Frischmann –, und diese Patientenmilliarde ist insofern schon mehrfach bei den Versicherten angekommen. Diese Patientenmilliarde hat nämlich - - Das Wort ist falsch, es ist kein Cash, der übrig bleibt, sondern es wurden mehr Leistungen wie nie zuvor den Versicherten - - also zugekommen: 1,3 Milliarden mehr Leistungen 2023 im Vergleich zu 2022. Insgesamt hat es von 2020 bis 2023 mehr Leistungen um rund 3,5 Milliarden, das heißt 22 Prozent, gegeben. Das heißt: mehr Leistungen für die Versicherten.

Die ÖGK hat für mich also die Chance wirklich genutzt, österreichweit zu agieren: Harmonisierung und Ausbau der Leistungen, nämlich bei den Heilbehelfen, beim Gesamtvertrag, bei der Physiotherapie, bei der Logotherapie, bei der Ergotherapie, bei der Psychotherapie – eine Million beispielsweise pro Jahr kassenfinanziert –; und – ein ganz wesentlicher Punkt für mich auch –: die Aufnahme klinischer Psychologie im Leistungskatalog.

Eines, was noch nicht harmonisiert ist, sind die Ärzteverträge, wobei die SVS hier schon in Vorleistung gekommen ist und ich überzeugt bin, dass die ÖGK auch am guten Weg ist, mit der Ärztekammer hier entsprechende harmonisierte Ärzteverträge zu bekommen.

Der Rechnungshof hat eines zu Recht kritisiert, nämlich die Zielvereinbarungen, sogenanntes Controlling, seitens des Ministeriums mit den Sozialversicherungsträgern. Jetzt kann man schon sagen, natürlich, meine Nachfolger, die waren mit der Pandemie beschäftigt; aber eines kann man nicht sagen - -

Der Finanzausgleich wäre eine Möglichkeit dazu gewesen, und leider – sage ich einmal – hat - - Die Sozialversicherung zahlt, muss man sich vorstellen, 7,65 Milliarden an die Spitäler und hat keinen Einfluss auf die Verwendung und Steuerung. Das heißt, eine Verzahnung des intra- und extramuralen Bereichs mittels systemübergreifender Patientensteuerung schafft



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 6

erst eine resiliente Gesundheitsversorgung. Die Chance für Zielvorgaben an Länder und Sozialversicherung im Rahmen des Finanzausgleichs mit entsprechenden Sanktionen wurde leider nicht genutzt.

Mein Ziel wäre gewesen, wenn ich also noch im Amt bliebe, die Sozialversicherung zu stärken. Ich bin ein Befürworter der Sozialversicherung. Warum? – Weil sie in der Selbstverwaltung demokratisch gewählte Personen hat und hier also wirklich den Versicherten im Fokus hat. Also: die Sozialversicherung zu stärken, indem die Leistungen nicht nur im niedergelassenen Bereich eingekauft werden, sondern auch im Spitalsbereich. Das heißt, wir hätten dann eine Finanzierung aus einer Hand, eine Patientensteuerung und Prävention und nicht nur Reparaturmedizin.

Das sind kurz meine Erläuterungen zum Thema, warum eine Sozialversicherungsreform, wie wir sie gemacht haben, der richtige Weg war. – Danke.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Danke, Frau Mag. Hartinger-Klein.

Ich darf nun die Verfahrensrichterin um die Durchführung der ***Erstbefragung*** bitten.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Frau Mag. Hartinger-Klein, vielen Dank für Ihre Ausführungen und für Ihre Einschätzung; dass Sie nach wie vor von Ihrem Projekt überzeugt sind.

Ich muss trotzdem noch einmal zum Beginn und sozusagen zu den Geburtsstunden des Projekts zurückkommen. Ich sage auch gleich, ich möchte Ihnen zwei ganz kurze einleitende Fragen stellen, die Sie auch bitte nur ganz oberflächlich, oder einmal kurz grundsätzlich beantworten, weil ich weiß – schon von der Befragung der Frau Rechnungshofpräsidentin Kraker –, dass da ohnehin noch sehr viele detaillierte Fragen der Abgeordneten kommen werden.

Die Frau Rechnungshofpräsidentin hat heute ausgeführt, zu zwei Berichten zu den Themen, zu denen ich Sie frage, einerseits eben zur Sozialversicherungsfusion. Ich weiß nicht, ob Sie den Bericht kennen, ich nehme es an; es ist das Dokument 70017, Seite 60 und 61. Sie werden es jetzt sehen. (Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 7

Ich darf Ihnen kurz den Grund meiner Frage sagen: Es wird dort kritisch angemerkt, dass eine Rahmenvereinbarung durch das Sozialministerium abgeschlossen wurde in Bezug auf Beratungsleistungen, in Bezug auf die Fusion, und dass eben der Verfahrensablauf dieser Rahmenvereinbarung und dieses Vertragsabschlusses nur sehr ungenügend dokumentiert war. Die Kabinette sind ohne Fachsektionen in diese Vertragsvereinbarungen eingebunden worden.

Wie gesagt, es waren keine ausreichenden Dokumentationen mehr vorhanden, insbesondere auch deswegen, weil sehr viele davon nunmehr im Staatsarchiv aufzufinden sind und kein Zugriff darauf besteht. Ich wollte Sie gerne fragen, warum das der Fall ist, warum das nicht ausreichend dokumentiert war und warum diese Akten im Staatsarchiv sind.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Danke für Ihre Frage, Frau Richterin.

Diese Unterlagen können nicht im Staatsarchiv sein, weil sie nach meiner Amtszeit erst fertig geworden sind. Ich habe die Rechnungshofpräsidentin in einem Mail am 11.7.2022 – das werde ich Ihnen selbstverständlich zur Verfügung stellen – hiervon in Kenntnis gesetzt, dass ich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr im Amt war.

Warum ist mir das aufgefallen? – Es hat einen Rohbericht gegeben. Dieser Rohbericht, den kenne ich nicht, aber die Medien kannten ihn; und da ist mir das zum ersten Mal also aufgefallen, dass man hier – sage ich einmal – falsche Informationen genommen hat.

Ich lese kurz vor:

„Sg. Frau Präsidentin, Anhand Ihres Rohberichtes, den ich nicht kenne, wurde seitens eines Journalisten, folgendes festgehalten:

„... Die Gründe für den Zuschlag lassen sich nicht nachvollziehen, weil das Kabinett von Hartinger-Klein die Dokumente nach ihrem Rücktritt ans Staatsarchiv übergeben hat, wo sie für 25 Jahre versiegelt sind. Selbst der Rechnungshof bekommt keinen Einblick. Es ist zwar üblich, dass Kabinetsakten ins Staatsarchiv wandern – bei Dokumenten zu Auftragsvergaben ist das aber ein äußerst ungewöhnlicher Vorgang. Der Rechnungshof ermahnt



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 8

Sozialministerium und ÖGK, „die Führung von Akten auch bei einem Wechsel der handelnden Personen in der erforderlichen Transparenz sicherzustellen.“

Ich darf folgendes festhalten: Um die Vergabe transparent und ordnungsgemäß EU-weit auszuschreiben, wurde die RA-kanzlei Schiefer [...] als Vergabeexperte beauftragt.

Die Kanzlei hat alle Unterlagen am 5.7.2019 mittels CD-Rom eingeschrieben an Hr. Ing. M. K.¹ (Gruppe I/B) übermittelt. D. h., die Unterlagen müssen dem Ministerium vorliegen. Die Aussagen bzw. Angaben des entsprechenden Journalisten sind also falsch und sollten sich diese auf den Rohbericht des RH stützen, bitte ich, diese Angaben entsprechend und gemäß der oben von mir angeführten Erläuterungen zu überprüfen.“

Ich möchte vielleicht eines erklären: Ich war selber Leiter der Internen Revision in der Steiermärkischen Krankenanstalten GesmbH – also es gibt ja die internen Prüfer und die externen Prüfer –, und ich muss sagen, ich finde es einfach unglaublich, dass nicht festgehalten wurde, wann diese Rechtsanwaltskanzlei das an das Ministerium übermittelt hat, weil: Es muss ein Übergabeprotokoll geben. Das hat der Rechtsanwalt mir auch bestätigt.

Der Rechnungshof hat dann in einem zweiten Schreiben, also ein Mail, das ich Ihnen vorlege, geschrieben:

„Sehr geehrte Frau Bundesministerin [...]

zurückkommend auf Ihre Email vom 11. Juli 2022 darf ich festhalten, dass der Rechnungshof Ihrem Hinweis zu ergänzenden Unterlagen (insbesondere der im Juli 2019 an das Sozialministerium übermittelten CD) während des Stellungnahmeverfahrens nachgegangen ist. Das Ergebnis wird in den Bericht, der derzeit in Erstellung ist und in der Folge veröffentlicht wird, einfließen.“

Gut, es ist kryptisch eingeflossen, sage ich jetzt einmal. Aber selbst die Rechnungshofpräsidentin hat in einem ORF-Interview, das, glaube ich, vor drei, vier Wochen war, hier also nicht klar gesagt, dass diese Unterlagen nach meiner Amtszeit – ich betone:

¹ Angenommener Einspruch der Verfahrensrichterin gem. § 20 Abs. 3 VO-UA: Von der Veröffentlichung des Klarnamens wurde abgesehen.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 9

nach meiner Amtszeit – ans Ministerium übermittelt wurden. Das heißt, sie können nicht in meinem Staatsarchiv sein, weil: Das Staatsarchiv, also die Unterlagen, wird mit dem Tag versiegelt, an dem ich das Ministerium verlasse – und das war der 22. Mai.

Ich habe dann ein Schreiben meines Rechtsanwaltes an die Frau Präsidentin übermitteln lassen; das wird Ihnen auch vorgelegt. Darf ich das auch vorlesen? Ich hoffe, das ist nicht zu viel, aber - - (Verfahrensrichterin **Edwards: Ja!**) – Ja.

„Sehr geehrte Frau Präsidentin Dr. Kraker!

Wir vertreten Frau Bundesministerin [...] rechtsfreundlich.

Unsere Mandantin hat uns informiert, dass Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, beständig gegenüber Medien die Behauptung aufstellen, unsere Mandantin habe mit dem Verschwinden von Unterlagen im Zusammenhang mit der Ausschreibung der Beratungsleistungen zur Kassenfusion [...] in irgendeiner Weise zu tun. Teilweise wird der Sachverhalt durch Sie (verkürzt) so wiedergegeben, als diese Unterlagen durch unsere Mandantin womöglich vernichtet wurden.

All das ist falsch. Wie Sie wissen, hat unsere Mandantin nachweislich am 11.7.2022 gegenüber [...] dem Rechnungshof festgehalten, dass unsere Mandantin schon vom zeitlichen Ablauf mit dem angeblichen ‚Verschwinden‘ der Unterlagen nichts zu tun haben kann:

Zum einen wurde der Zuschlag erst nach dem Ausscheiden unserer Mandantin aus dem Amt (bekanntlich im Mai 2019) erteilt und zum anderen wurden nach den uns vorliegenden Informationen die Unterlagen erst im Sommer 2019 von der damals mit dem Vergabeverfahren betrauten Rechtsanwaltskanzlei per CD an das Ministerium übergeben. An wen konkret entzieht sich naturgemäß [...] zu diesem Zeitpunkt [...] nicht mehr im Amt.

Frau SC Dr. Barbara König hat gegenüber unserer Mandantin schriftlich festgehalten, dass man diesem Hinweis unserer Mandantin² [...] nachgehen werde. Dies ist offenbar nicht

² Abgelehnte erhobene Einwendung der Auskunftsperson: „[...] Mandantin vom 11.7.2022 [...] nachgehen“ statt „[...] Mandantin [...] nachgehen [...“



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 10

geschehen und fand auch im Bericht des Rechnungshofes zur Reform³ [...] bezeichnenderweise keine Erwähnung.

Im Namen und im Auftrag unserer Mandantin fordern wir Sie in jedem Fall auf, den Sachverhalt zukünftig vollständig und vor allem mit Blick auf den zeitlichen Ablauf korrekt wiederzugeben und von ehr- und kreditschädigenden Äußerungen Abstand zu nehmen. Mit freundlichen Grüßen!“

Danke.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Gut, vielen Dank.

Ich möchte nur zur Erläuterung sagen – wie Sie auf Seite 61 des Rechnungshofberichts sehen können –: Meine Frage hat sich bezogen auf den Satz hier im mittleren Absatz, wo eben steht, „dass es sich bei den übergebenen Akten um für 25 Jahre versiegelte ‚Privatakten‘ nach § 6 Abs. 3 Bundesarchivgesetz handle, deren Inhalt nur mit Einverständnis der damaligen“ Sozialministerin „eingesehen werden könne.“

Darauf hat sich die Frage bezogen und ich - -(Auskunftsperson **Hartinger-Klein:** Darf ich da ergänzen?) – Bitte. Ja.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Das Bundesarchivgesetz verpflichtet einen Minister, die Unterlagen des Kabinetts dem Staatsarchiv zu übergeben. Ich habe das gemacht, mit reinem Gewissen – das sind bitte aber keine Privatakten. Ich weiß nicht, wie man da auf den Begriff Privatakten überhaupt kommt, das sind Daten des Kabinetts bitte, aber nicht Privatakten! Privatakten würde das Staatsarchiv überhaupt nicht nehmen. (*Die Auskunftsperson blättert in den Unterlagen.*)

Ich meine, womit ich übereinstimme: Ich glaube, die Grünen sagen das – verzeihen Sie, wenn ich das so despektierlich sage –: Das Bundesarchivgesetz gehört sicher geändert, das ist richtig.

³ Abgelehnte erhobene Einwendung der Auskunftsperson: „[...] Reform der Sozialversicherungsträger bezeichnenderweise [...]“ statt „[...] Reform [...]“ bezeichnenderweise [...]“



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 11

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Vielen Dank. Ich möchte daher jetzt der Vollständigkeit halber, nachdem ich aus diesem Rechnungshofbericht vorgelesen habe, auch ausdrücklich festhalten, dass im Rechnungshofbericht bei der Passage, dass es sich „um für 25 Jahre versiegelte „Privatakten“ handle, dieses Wort Privatakten unter Anführungszeichen gesetzt wurde.

Trotzdem möchte ich noch eine ganz kurze zweite Frage stellen – kurz, weil unsere Zeit auch ein bisschen beschränkt ist. Ich möchte nur, weil es auch bei der Befragung der Frau Rechnungshofpräsidentin angesprochen wurde, in Bezug auf den Bericht betreffend Generalsekretäre, die für den Zeitraum Ihrer Ministerschaft, sozusagen die Regierungsperiode von Dezember 2017 bis Juni 2019 -- Das ist das Dokument 45871, und da vor allem Seite 12.

Es ist insgesamt zusammenfassend festgestellt worden: Es hat eine Zeit gegeben, wo man Generalsekretäre wie immer mit der Funktion betraut hat. Die Generalsekretäre hatten aber zu dieser Zeit auch die gesetzliche Möglichkeit, auf Antrag in den Bundesdienst übernommen zu werden. Generalsekretäre haben sich in ihrer Betrauung dadurch von normalen Beamten unterschieden, dass es kein Aufnahmeverfahren gab und das Ausschreibungsgesetz nicht gegolten hat.

Sie haben eine Generalsekretärin gehabt, die als eine der ganz wenigen extern aufgenommen und dann auch noch für alle Personalangelegenheiten für zuständig gemacht wurde. Laut Rechnungshofbericht ist sie dann auch pragmatisiert worden. (*Die Auskunftsperson nickt.*)

Ich möchte nur gerne die Frage stellen: Was war die besondere Eignung der Generalsekretärin, nachdem sie als Externe betraut worden ist? Was war ihre besondere Eignung, die Sie jetzt sozusagen sie hat bevorzugen lassen gegenüber Personen aus der Linie oder sonst irgendjemanden, der mit den Gegebenheiten des Ministeriums vertraut war?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Also ich habe erstens die einzige Frau als Generalsekretärin gehabt, zweitens hatte ich das größte Ministerium, also ich hatte zwölf Sektionen. Da ist ja dann auch später in der nächsten Regierung ein extra Minister geschaffen worden, nämlich ein Arbeitsminister – ich habe die Arbeit also auch bei mir gehabt.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 12

Die Frau Generalsekretärin ist aus der Privatwirtschaft gekommen, sie ist nicht mehr – schon lange nicht mehr – im Ministerium, also diese Pragmatisierung verstehe ich daher nicht ganz, denn das hat sie nicht interessiert. Sie ist aus der Privatwirtschaft gekommen, und zwar war sie Expertin für Ablauforganisationen.

Ablauforganisationen im Ministerium, das war, glaube ich, ein Thema, womit sie sich intensiv beschäftigt hat, auch mit den einzelnen ausgegliederten Gesellschaften: vom Sozialministeriumservice angefangen, dass die Unterlagen, dass die Abläufe für die Bürger und Bürgerinnen schneller vorhanden waren. Also ich bin überzeugt, dass das die richtige Wahl war. (*Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.*)

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Vielen Dank. Ich möchte damit die Erstbefragung beenden. – Danke.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Vielen Dank, Frau Verfahrensrichterin.

Entschuldigung, die Frau Verfahrensrichterin möchte noch etwas ergänzen.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Entschuldigung, ich habe vorhin vergessen, mich der Ordnung halber zu versichern, dass Ihre Personaldaten ordnungsgemäß ausgefüllt wurden, damit das für das Protokoll vorhanden ist. (*Die Auskunftsperson nickt.*) – Danke schön.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Perfekt, jetzt haben wir das auch.

Wir kommen nun zur vereinbarten Redezeitvereinbarung: Zwischen den Fraktionen wurde vereinbart, dass die Befragungsdauer der einzelnen Fragerunden halbiert wird. Das bedeutet: erste Fragerunde 3 Minuten pro Fraktion, zweite Fragerunde 2:30 Minuten, dritte Fragerunde 1 Minute pro Fraktion.

Wir sind hier weiterhin in der Vereinbarung? – Gut.

In dem Sinne erteile ich nun Herrn Abgeordneten Zarits das Wort.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 13

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Frau Bundesminister außer Dienst, herzliches Dankeschön, dass Sie heute hier bei uns sind und uns einen, wie Sie gesagt haben, kleinen Überblick über das Sozialversicherungssystem gegeben haben – Sie haben, glaube ich, in dieser kurzen Zeit einen großen Überblick über das Sozialversicherungssystem in Österreich gegeben.

Meine Fragen beziehen sich jetzt auf den Bericht, der ja von der Verfahrensrichterin schon angesprochen wurde. Die Frau Verfahrensrichterin hat sich, glaube ich, die Unterlagen so genau angeschaut wie ich, und auch unsere Fragen haben sich dementsprechend sozusagen gekreuzt. Ein paar Fragen wurden also auch schon beantwortet.

Ich glaube, es ist wichtig, dass die Frau Rechnungshofpräsidentin heute hier war und diesen Bericht mit uns diskutiert hat, und dass auch Sie heute die Möglichkeit haben, unsere Fragen zu beantworten und Ihre Sicht der Dinge darzustellen. Ich denke, das trifft sich gut, dass beide Befragungen an einem Tag stattfinden.

Ich denke, den Rechnungshofbericht, den ich jetzt erwähnt habe und den die Frau Verfahrensrichterin auch erwähnt hat, brauche ich Ihnen nicht vorzulegen, denn ich denke, Sie kennen den Rechnungshofbericht. Es wurden ja von Ihnen auch schon einige Fragen beantwortet, die ich vorbereitet habe, wie vorher auch erwähnt.

Was mich jetzt interessieren würde: Wie in diesem Rechnungshofbericht diese – unter Anführungszeichen – „Privatakten“ drinnen stehen. Was kann ich mir darunter vorstellen oder wie kommt es zu so einer Bezeichnung? Das würde mich interessieren. (Die Auskunftsperson berät sich mit dem Verfahrensanwalt.)

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Also das müssen Sie die Rechnungshofpräsidentin fragen. Ich weiß es nicht, wie es zum Begriff Privatakten kommt, weil: Ich kenne nur das Bundesarchivgesetz, und da ist klar definiert, dass ich die Kabinettsakten im Bundesarchiv abzugeben habe. Ich habe damals, am letzten Tag, mein Tablet, mein Handy sofort abgegeben.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 14

Ich habe da auch noch ein Mail, wo ich meinen Kabinettschef damals gefragt habe – das habe ich ihn auch am 19.12.2022, wie der Rechnungshofbericht da war, gefragt (*aus den Unterlagen vorlesend*):

„S59ff verstehe ich nicht. Was ist da von uns ans Staatsarchiv gegangen? – Das habe ich meinen Kabinettschef gefragt, und zwar 2022.

Er schreibt zurück: „Es war Deine Anordnung an SC Zarfl, die Unterlagen des Kabinetts dem Staatsarchiv zu übergeben. Gruß“

Und das habe ich gemacht, das wurde gemacht.

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Das heißt, es war von Ihnen nie die Rede davon, irgendwelche Akten als Privatakten zu titulieren?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Als Privatakten? – Noch einmal: Den Begriff kenne ich nicht, Punkt eins.

Punkt zwei: Irgendetwas zu schreddern oder irgendetwas nicht weiterzugeben, also das gibt es nicht.

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Gut, danke für die Antwort.

Eine Frage noch zwecks Dokumentation, das ja im Rechnungshofbericht dementsprechend auch kritisiert wurde: Es geht um das Auswahlverfahren der Beratungsunternehmen zur Organisationsberatung der ÖGK. Der Rechnungshof kommt hier zum Ergebnis, dass in den Akten der Ablauf des Verfahrens nicht vollständig dokumentiert wurde.

Haben Sie eine Erinnerung oder wie können Sie sich das erklären, dass der Rechnungshof zu dieser Ansicht oder zu diesem Ergebnis kommt, dass eben die Beratungsunternehmen, die hier ausgewählt wurden, dass diese Auswahlverfahren nicht oder nicht ordentlich oder nicht genau dokumentiert wurden?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Also ich bin sicher, dass der Rechtsanwalt, den wir ja beauftragt haben, das gemacht hat. Ich verstehe das nicht. Schauen Sie, wir haben deshalb



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 15

auch einen externen Rechtsanwalt mit der Ausschreibung beauftragt, weil es erstens um viel Geld gegangen ist, und zweitens – und das ist ein wesentlicher Punkt – es mir ein großes Anliegen war, dass die ÖGK hier eine Unterstützung in der Begleitung des Fusionierungsprozesses hat; und der Rechtsanwalt wird das also alles gemacht haben.

Ich weiß, wie schwierig das ist, ich war für Ausschreibungen schon einmal auf beiden Seiten zuständig, also vor meiner Ministerzeit, und zwar auf der Auftragnehmer- als auch auf der Auftraggeberseite. Das Schlimmste, was Ihnen bei einer Ausschreibung passieren kann, ist, dass ein Mitbewerber einen Einspruch macht. Was ist dann? – Es vergeht viel Zeit, und – sage ich einmal – ein Zuschlag wäre dann nicht so rasch gekommen, und die ÖGK hätte so keine Unterstützung gehabt, zumindest nicht so rasch.

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Eine abschließende Frage noch zum Rechnungshofbericht. Da steht drinnen – ich zitiere –:

„Letztlich schloss das Sozialministerium die Rahmenvereinbarung ohne eine Bewertung der Konzepte bzw. ohne einen Preisvergleich.“

Ich nehme an, da wird auch die KPMG gemeint sein. Meine Frage an Sie: Nach welchen Kriterien haben Sie die Rahmenvereinbarungen abgeschlossen?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Ich bin eigentlich Minister Rauch sehr dankbar, der am 6.9.2022 eine Antwort gegeben hat, nämlich eine Auflistung aller Beratungsleistungen durch die Sozialversicherungsträger.

Und zwar ist der Herr Minister – verständlicherweise, macht man auch so – hergegangen und hat die Sozialversicherung, also den Dachverband und die einzelnen Träger, gefragt: Welche Beratungsleistungen, dass es einen nahtlosen Übergang gegeben hat?, et cetera.

Und hier hat es, was die Bewertung betrifft - - Ich darf die Beantwortung 11438/AB zitieren. Diese Anfrage wurde von Kollegen Loacker gestellt, und hier wird genau beschrieben – auch eine Bewertungskommission –, auf Seite 9:



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 16

„In den vom Sozialministerium beauftragten Verfahren erfolgte die Beurteilung im Sinne der Frage 8 durch eine Bewertungskommission. Das Ergebnis der Bewertung mündete in die Festlegung der Bestbieterin.“

Also da haben Sie das alles genau beschrieben auf, ich weiß nicht, ich glaube, 20 Seiten.

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Herzlichen Dank für die Beantwortung. – Ich nehme die Zeit mit in die nächste Runde.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Damit darf ich das Wort an Frau Abgeordnete Kucharowits weiterreichen.

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Guten Abend, Frau Bundesministerin außer Dienst, danke fürs Kommen! Ich möchte gerne noch einmal ein bisschen auf Ihr Einleitungsstatement zurückkommen. Das Hauptargument für die Kassenzerschlagung – oder wie Sie es nennen: Reform – war damals ja das Einsparungspotenzial.

Wer kam denn auf die Idee, das als Hauptargument zu kommunizieren?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Na das habe ich schon gesagt, wer auf die Idee gekommen ist, und diese Patientenmilliarde: Schauen Sie, es geht bei so einer Fusion um Rationalisierungspotenziale – und es geht nicht⁴, sage ich einmal, darum, Verwaltungsprozesse zu optimieren –, und natürlich auch darum, die Marktmacht als einzelne Kasse, sprich ÖGK, gegenüber den Vertragspartnern auszuüben. Dieses Rationalisierungspotenzial wurde großteils ja schon gehoben. Ich habe es ja ausgeführt, dass man viel mehr Leistungen – also 22 Prozent mehr Leistungen – machen konnte.

Deswegen bin ich auch allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Sozialversicherung sehr dankbar: So ein Fusionsprozess ist eine große Herausforderung, und die haben – sage ich einmal – ihr Bestes getan – dass es noch immer besser sein kann, das obliegt der Sache, glaube ich.

⁴ Abgelehnte erhobene Einwendung der Auskunftsperson: „[...] geht nicht nur darum, sage ich einmal, Verwaltungsprozesse [...]“ statt „[...] geht nicht, sage ich einmal, darum, Verwaltungsprozesse [...]“



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 17

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Aber wer kam auf die Idee, das als Hauptargumentation ins Treffen zu führen? Sie haben das ausgeführt, aber vielleicht dürfen wir es bitte für das Protokoll noch einmal hören, nämlich das wirklich mit einem Einsparungspotenzial von 1 Milliarde Euro für Patientinnen und Patienten.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Noch einmal: Ich bin der Meinung, es ist Rationalisierungspotenzial, und auch viele Experten sehen das so. Diese Einsparung war so kommuniziert von den Kommunikationsexperten des damaligen Bundeskanzlers, Frischmann und Fleischmann. Das war ein, wenn Sie so wollen, Marketinggag, den ich - - Ich habe damals, verzeihen Sie den Ausdruck, wirklich einen Wutanfall bekommen, wie die plötzlich also mit diesem Terminus an die Öffentlichkeit gegangen sind.

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Spannend, vielen Dank.

Noch dazu, Sie wissen das: Im Rechnungshofbericht – wir haben natürlich auch die Vorlage, ich glaube, er liegt Ihnen eh bereits vor (*Die Auskunftsperson nickt*) – wird natürlich ganz klar von einem Mehraufwand von 215 Millionen Euro gesprochen.

Ich möchte Sie einfach fragen: Aus Ihrer Wahrnehmung, wie erklären Sie sich diese Diskrepanz beziehungsweise diesen eklatanten Unterschied? (*Die Auskunftsperson blättert in den Unterlagen.*)

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Eklatanten Unterschied für?

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Bezug nehmend auf 1 Milliarde Euro Einsparung, 215 Millionen Mehrkosten – Feststellung des Rechnungshofs.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Frau Kollegin, es geht nicht um Einsparungen, es geht um Rationalisierungen, das habe ich schon gesagt. Diese Studie, diese LSE-Studie, die Ihr Minister damals dankenswerterweise in Auftrag gegeben hat, hat aber quasi keine Bewertung gemacht. Deshalb mussten wir – also damals noch Ernst & Young – ein Gutachten - - Das ist ein betriebswirtschaftliches Gutachten für die Vorteilhaftigkeit der Fusion. Hier wurde auch von Fusionskosten von 300 bis 400 Millionen sogar gesprochen, tatsächlich haben wir nur 215, also Gott sei Dank, und eine Rationalisierung von 300 Millionen pro Jahr.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 18

Also das ist natürlich sinnvoll und gerechtfertigt gewesen, diese Reform zu machen. Noch einmal: Wenn ich jetzt sage, dass wir um 22 Prozent mehr Leistungen an die Versicherten haben, und noch dazu für die gleichen Beiträge die gleichen Leistungen, Frau Kollegin, ich glaube, dann war es der richtige Schritt. Ich habe mich eigentlich immer gewundert, dass die SPÖ für die ASVG-Versicherten das nicht schon längst so umsetzt.

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Steilaufage für die nächste Frage, die ich habe, nämlich Leistungsharmonisierung, war das Argument: Wir sparen uns Kosten in der Verwaltung, nämlich 1 Milliarde. Das zweite Argument war: Wir harmonisieren die Leistungen. (*Die Auskunftsperson nickt.*)

Frau Bundesministerin außer Dienst, wie erklären Sie sich dann, dass es noch immer Unterscheidungen zwischen beispielsweise Politiker:innen und Nichtpolitiker:innen gibt, was die Leistungen bei Ärztinnen und Ärzten anbelangt?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Entschuldigung, die Frage verstehe ich nicht, warum sollte es da Unterschiede geben zwischen Politikern und Nichtpolitikern?

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Weil es immer noch unterschiedliche Versicherungen gibt und die nicht harmonisiert wurden. Welche Wahrnehmungen haben Sie dazu, Frau Bundesministerin außer Dienst?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Sie meinen also die BVAEB und die SVS und die ÖGK? (*Abg. Kucharowits nickt.*)

Sie wissen, dass die BVAEB und die ÖGK⁵, dass hier Selbstbehalte sind. Die ÖGK hat keine Selbstbehalte, das ist zum Beispiel ein Unterschied. Natürlich könnte man theoretisch eine Kasse machen. Das können Sie gerne – sage ich einmal – in der nächsten oder in der übernächsten Regierung anstreben (*Heiterkeit der Auskunftsperson*), also das ist möglich, ja. Im Prinzip ist es aber der richtige Weg, sind wir einmal froh, dass es fünf sind – wer weiß, was passiert?

⁵ Abgelehnte erhobene Einwendung der Auskunftsperson: „[...] SVS [...]“ statt „[...] ÖGK [...]“



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 19

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Ich würde gerne zu einer weiteren Frage kommen. Im Regierungsprogramm ist festgeschrieben worden – also in Ihrer Zeit, unter Schwarz-Blau –, aber auch im Ministerratsvortrag vom Mai 2018 – wir haben hier auch eine Vorlage: 7007, Seite 20, um es zu konkretisieren –, dass sozusagen durch die Rücklagen, durch die Zerschlagung oder Reform eigentlich Vorteile entstehen würden. Jetzt sind aber diese Rücklagen zu 90 Prozent in „Privatstiftungen zur Absicherung höherer Leistungen“ geflossen.

Die Privatstiftungen, Sie wissen das, sind im Unterschied zu den Betriebskrankenkassen logischerweise von der Prüfkompetenz des Rechnungshofs und auch von der Aufsicht des Sozialministeriums ausgenommen.

Ich frage Sie: Haben Sie diese Aussagen damals bewusst getroffen, in dem Fall falsch, oder war die Reform, die Sie angestrebt haben, offen gesprochen schlecht geplant und umgesetzt? Aus Ihrer Wahrnehmung, bitte schön. (*Die Auskunftsperson berät sich mit dem Verfahrensanwalt.*)

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Frau Abgeordnete, Sie wissen, das ist nicht - - Das sind Selbstverwaltungskörper, und es ist also für den Rechnungshof nicht möglich, das zu untersuchen. Sie sind Gesetzgeber, ändern Sie das Gesetz!

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Eine Frage noch in meiner ersten Fragerunde: Haben Sie Wahrnehmungen dazu, Frau Bundesministerin außer Dienst, dass es innerhalb der schwarz-blauen Koalition auch für die Besetzung von Vorstandsposten in den Sozialversicherungsträgern Abmachungen beziehungsweise sogenannte Sideletter gab? (*Die Auskunftsperson berät sich mit Vertrauensperson und Verfahrensanwalt.*)

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Die Sozialversicherung ist Selbstverwaltung, und damit ist es also nicht möglich, das zu untersuchen.

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Sideletter, Frau Bundesministerin - -

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Ihre Fragezeit ist abgelaufen.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 20

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): 2 Sekunden! – Sideletter sind auf Regierungsebene, und das war meine Frage: Haben Sie Wahrnehmungen zu Sidelettern auf Regierungsebene Bezug nehmend auf die Sozialversicherungsträger-Postenbesetzungen? (Die Auskunftsperson berät sich mit Vertrauensperson und Verfahrensanwalt.)

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Die Personalauswahl von Büroleitern oder Generaldirektoren erfolgt durch die Selbstverwaltung. Ich weiß – also ich habe das vor mir –, dass der damalige Obmann – oder noch Obmann eigentlich – von der ÖGK, Herr Krenn, im Ibiza-Untersuchungsausschuss am 8.10.2020 auf die Frage von Herrn Brandstätter: „Haben Parteien bei der Bestellung irgendeinen Einfluss gehabt?“, gesagt hat: „Die Bestellung hat aufgrund der Qualifikation und aufgrund der Vorschläge des Personalberaters stattgefunden, und das war's.“ (Abg. Kucharowits: Meine Zeit ist aktuell vorbei!)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Ja, es gibt eine zweite Fragerunde.

Als Nächster ist Herr Abgeordneter Ries dran.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Guten Abend, Frau Bundesminister außer Dienst! Zuerst einmal wollen wir mit der Legende aufräumen, dass Ihr Ministerium dem Staatsarchiv Akten vorenztzogen hätte.

Wir beziehen uns da auf die rechtliche Position, dass grundsätzlich von allen Bundesdienststellen – das sind unter anderem natürlich auch die Ministerien und deren nachgeordneten Dienststellen – gemäß § 5 Bundesarchivgesetz „das gesamte Schriftgut, das bei der Erfüllung ihrer Aufgaben oder der ihrer Rechtsvorgänger angefallen ist und zur Erfüllung ihrer laufenden Aufgaben nicht mehr benötigt wird, auszusondern und dem Österreichischen Staatsarchiv grundsätzlich zusammen mit den für die Benützung notwendigen Behelfen (zB Register) zur Übernahme anzubieten“ ist.

Das ist einmal in § 5 drinnen. Entscheidend ist aber das Wort Schriftgut, das hier genannt ist. Was ein Schriftgut ist, finden wir dann in § 2 Archivgesetz, das Verweis nimmt auf § 25 Abs. 2 Denkmalschutzgesetz, da steht nämlich auch, was davon ausgenommen ist. Jedenfalls



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 21

ausgenommen werden „persönliche Unterlagen wie beispielsweise Aufzeichnungen und Notizen“, wodurch sich ein Entscheidungsspielraum eröffnet.

In einem Kabinett, das ist der politische Arm im Ministerium, wird natürlich politisch gearbeitet, und daher hat aus unserer Sicht ein Großteil der Unterlagen persönlichen Charakter, sofern diese nicht der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben im Ministerium zuzurechnen sind. Jedenfalls nehmen wir daraus an, dass ein dienstlicher Charakter nicht immer gegeben ist, bei allen Unterlagen, über die ein Kabinett verfügt, oder die ihm zur Verfügung stehen.

Jetzt haben Sie schon gesagt, diese öffentlichen - - diese Akten mit öffentlichen Aufgaben haben Sie der Rechtsanwaltskanzlei Schiefer – die das dann später Ihrem Nachfolger als Sozialminister –, übermitteln lassen. Habe ich Sie da richtig verstanden? Das sind diese Unterlagen?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Ich habe sie nicht übermitteln lassen, sondern der Rechtsanwalt übermittelt sie automatisch, wenn die – sage ich einmal – Ausschreibung beendet ist, an den zuständigen Minister – Ministerin in dem Fall war es –, nämlich Frau Zarfl. (Abg. **Ries:** Okay!) Dem brauche ich nichts anweisen. (*Heiterkeit der Auskunftsperson.*)

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Ja, ist in Ordnung! Daher hat es diese Übermittlung dieser Akten gegeben, und eine Übermittlung ins Staatsarchiv konnte nicht stattfinden, da Sie zu diesem Zeitpunkt gar nicht im Besitz der Unterlagen waren?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Richtig, ich war erstens nicht im Besitz, und zweitens war das Ganze nach meiner Amtszeit.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Wir möchten gerne das Dokument Nummer 70084 vorlegen. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Da möchte ich die Aufmerksamkeit auf den letzten Absatz der ersten Seite und den Rest auf der zweiten Seite richten. Auch da wurden Erhebungen getätigt: „im Zuge des Regierungswechsels von Bundesminister a.D. [...] Leichtfried zu Bundesminister [...] Hofer



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 22

wurden die Daten von Bundesminister a.D. [...] Leichtfried und die Daten seines damaligen Kabinetts gelöscht.“ – Ist Ihnen das bekannt?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Nein.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Aus unserer Sicht ergeben sich daraus auch keine Anhaltspunkte, dass das ein einmaliger Vorgang gewesen wäre, obwohl Sie schon gesagt haben, es wurden ja Unterlagen übermittelt. Überdies ergänze ich, dass bis dato von den ehemaligen Mitarbeitern des Bundesministers a.D. Leichtfried „nur Leermeldungen übermittelt“ wurden, und schließe jetzt in dieser Runde. – Danke.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Das war somit jetzt auch keine Frage mehr, und ich komme zu Herrn Abgeordneten Koza.

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Sehr geehrte Frau Mag. Hartinger-Klein, danke, dass sie heute zum Ausschuss erschienen sind! Ich möchte gleich einmal damit beginnen, dass die Rechnungshofpräsidentin, die wir heute bereits am Vormittag zu Gast gehabt haben, eigentlich den ganzen Prozess über davon gesprochen hat, dass es erhebliche Dokumentationsmängel gegeben hat.

Erlauben Sie mir, mit dem Themenbereich Patientenmilliarde anzufangen, der nämlich deutlich mehr ist als ein Marketinggag, wie Sie gesagt haben; obwohl, ich danke Ihnen dafür, dass Sie unseren Vorwurf eigentlich bestätigt haben, dass es sich in Wirklichkeit mehr um einen Marketinggag als um eine reale Größe gehandelt hat.

Es ist nämlich tatsächlich dahin gehend mehr ein Marketinggag, weil es nämlich in einer Wirkungsfolgenabschätzung, wo auch die Frau Rechnungshofpräsidentin klar gesagt hat, das ist eigentlich die Grundlage für Entschlüsse des Parlaments, verankert ist. In der Hinsicht: Wenn man in einer Wirkungsfolgenabschätzung tatsächlich Marketinggags verankert, ist das meiner Meinung nach politisch ein höchst problematischer Akt.

Ich habe zuallererst eine Frage an Sie, nämlich was die sogenannten Einsparungspotenziale betrifft, wo es ja tatsächlich um die Frage der Verwaltungseinsparungen geht, oder Rationalisierungsschritte, wie Sie es benennen wollen.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 23

In der Wirkungsfolgenabschätzung des Begutachtungsentwurfs war ursprünglich ein Einsparungspotenzial von 350 Millionen Euro vorgesehen, wo Sie bereits zuvor öffentlich bekannt gegeben haben –Marketinggag – dass es die sogenannte Patientenmilliarde gibt, um dann tatsächlich nach dem Begutachtungsentwurf auf einmal in der Vorlage die Milliarde an Einsparungspotenzialen da drinnen stehen zu haben.

Sehr geehrte Frau Ministerin außer Dienst: Wie kam es auf einmal zu diesen Hebungen von Einsparungspotenzialen im Umfang von 600 bis 700 Millionen Euro?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich glaube, ich habe das schon ausgeführt, also zumindest vielleicht⁶ nicht so präzisiert, wie Sie es gern hätten. Es gibt also dieses Gutachten von Ernst & Young, wo es um die Vorteil- - wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit auch geht, und das Ergebnis war damals 300 Millionen Euro pro Jahr an Rationalisierungspotenzial – Rationalisierungspotenzial!

Das Ergebnis jetzt, bitte, und das ist nach der Rechnungshofprüfung, ist – habe ich schon einleitend gesagt –, dass wir um 22 Prozent mehr Leistungen haben. Also diese, wenn Sie so wollen, Patientenmilliarde –ich mag dieses Wort nicht, habe ich schon gesagt – ist vorhanden, aber eben in Leistungen für die Versicherten; und das ist ja das Ziel. Ich brauche das ja nicht irgendwo auf der Kante, oder dass ich das Geld wo liegen habe, sondern die Versicherten sollen davon profitieren; ich glaube, da sind wir einer Meinung, oder?

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Sehr geehrte Frau Dr. - - Mag. Hartinger-Klein! Bei der Patientenmilliarde handelt es sich nicht um irgendeine Größe, sondern um tatsächlich in den Wirkungsfolgenabschätzungen abgeschätzte beziehungsweise kalkulierte Einsparungspotenziale, die es gibt. Interessanterweise zitieren Sie eine Studie - - Ich nehme an - - Ist es die Studie von Universitätsprofessor Werner Hoffmann? (*Auskunftsperson Hartinger-Klein: Ja!*)

Interessant ist: Die Beschlussfassung und die Veröffentlichung der Studie fallen allerdings deutlich auseinander. Die Beschlussfassung zur Sozialversicherungsreform erfolgt mit

⁶ Abgelehnte erhobene Einwendung der Auskunftsperson: „[...] schon ausgeführt, vielleicht nicht [...]“ statt „[...] schon ausgeführt, also zumindest vielleicht nicht [...]“



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 24

Dezember 2018, wo in der Wirkungsfolgenabschätzung die Patientenmilliarde verankert ist, tatsächlich die Veröffentlichung dieser Studie allerdings mit Juni 2019.

Wie erklären Sie sich, dass der Rechnungshof zuallererst sagt, es ist nicht nachvollziehbar, dann erscheint plötzlich im Juni 2019 - - Wo Sie jetzt gerade sagen, das war die Basis für die Patientenmilliarde - - Wie geht das zeitlich zusammen?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Es war vorher eine Schätzung. Weil es ist - - Solche – sage ich jetzt einmal – Schätzungen sind natürlich schwierig, und durch dieses Gutachten wollten wir das bestätigen.

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Na, interessanterweise waren die Schätzungen im Rechnungshof offensichtlich nicht bekannt beziehungsweise sind keine entsprechenden Unterlagen in Ihrem Ministerium vorgelegen, wo das ja in Auftrag gegeben worden ist, beziehungsweise, ich glaube, es war der Herr Bun- -, aber ganz genau weiß ich das auch nicht.

Aber offensichtlich gibt es eine massive zeitliche Differenz zwischen der angeblichen Patientenmilliarde als Marketinggag und den tatsächlichen Einsparungen von einem halben Jahr, wo beinahe der Eindruck entstehen muss, dass im Nachhinein eine Bestätigung stattfinden sollte.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Die richtig ist, weil das zeigt also, dass wir mehr Leistungen haben, um 22 Prozent. Also das ist ja wohl das Wichtigste: was das Ergebnis ist. (Abg. Koza: Mehrausgaben von 250 Millionen ...!)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Ihre Zeit ist beendet, Herr Abgeordneter, vielen Dank.

Ich komme nun zu Herrn Abgeordneten Shetty.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Sehr geehrte Frau Hartinger-Klein! Ich würde gern mit einem anderen Thema beginnen. Haben Sie jemals für sich als Ministerin eine besondere Gefährdungslage empfunden? (Die Vertrauensperson wendet sich an den Verfahrensanwalt.)



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 25

Ich lege gleich das Dokument vor - -

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ich wollte sagen, ich weiß aus dem Aktenbestand, was es damit zu tun hat, aber vielleicht könnten Sie es auch präzisieren, weil es die Frau Bundesministerin außer Dienst sozusagen gewünscht hat.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ich glaube, Sie wissen schon, auf was ich hinauswill, aber dann führe ich es gerne aus.

Es gab ja eine besondere persönliche Leibgarde für die FPÖ-Ministerinnen und -Minister, die abseits der ordentlichen Polizeistruktur eingerichtet wurde, deswegen wäre eingangs meine Frage – um danach konkret auf die Fragen eingehen zu können –, ob Sie jemals eine besondere Gefährdungslage für sich empfunden haben. (*Die Auskunftsperson berät sich mit Vertrauensperson und Verfahrensanwalt.*)

Der Zusammenhang - -

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Ries.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Meiner Meinung nach hat das mit dem Untersuchungsgegenstand gar nichts zu tun. Das ist ja falsch.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Frau Verfahrensrichterin, bitte.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ich bin der Meinung, nachdem es hier um besondere Personalkosten und Personalaufwendungen geht und das ausdrücklich im Einsetzungsverlangen steht, sind Personalbesetzungen also fraglos ein Thema.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Dann darf ich die Auskunftsperson bitten.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 26

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Also ich muss ehrlich sagen, ich bin jetzt momentan überfordert. Ich weiß nicht genau, was Sie meinen. Bei manchen Situationen wurde geraten, von wem auch immer, ich glaube, LVT oder so etwas, dass die begleiten. Es hat einmal eine Situation gegeben, wo es, sage ich einmal, nicht angenehm war und ich froh war, dass die, ich glaube, zwei Herren oder so, dabei waren. Ich nehme an, dass Sie das meinen. Ich wüsste sonst nicht, was Sie meinen.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Nein, das meine ich nicht. Es haben ja alle Ministerinnen und Minister Personenschutz. Das ist ja auch gut so, steht ja auch außer Frage. Die Frage war, ob Sie empfunden haben – ich werde dann schon konkreter, nur das würde ich schon gern vorab wissen –, dass sich die Gefährdungslage für Sie und für die FPÖ-Ministerinnen und -Minister besonders von jenen der anderen Minister der Bundesregierung abgehoben hat. Haben Sie eine Wahrnehmung?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Das kann ich nicht beurteilen, tut mir leid. (Heiterkeit der Auskunftsperson.)

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): War es Ihre Wahrnehmung damals? (Die Vertrauensperson wendet sich an die Auskunftsperson.)

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Dass ich gefährdeter war? (Die Auskunftsperson berät sich mit Vertrauensperson und Verfahrensanwalt.)

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Dann würde ich gerne Vorlage 6, Seite 3 vorlegen. (Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.) Ich darf vorlesen aus diesem „Kurier“-Artikel: „Bei den FPÖ-Politikern war die Gefährdungslage offenbar anders.“ Unter anderem werden alle Minister aufgezählt, „und Sozialministerin Beate Hartinger Klein wurde eine ‚besondere Gefährdungslage‘ vom Verfassungsschutz, der Kickl untersteht, bestätigt.“ Und dann weiter, dass dann für den Schutz alleinig der FPÖ-Minister nicht die Cobra wie normalerweise zuständig war, sondern eine neu geschaffene Sondertruppe des Landesamtes für Verfassungsschutz. Haben Sie dazu Wahrnehmungen?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Nein, tut mir leid, habe ich nicht.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 27

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Also verstehe ich richtig, dass vom Innenministerium damals dieser – ich zitiere den „Kurier“ – „Sondertrupp des Landesamts für Verfassungsschutz“ geschaffen wurde, der dann Sie und andere Minister bewacht hat, aber Sie nicht gewusst haben, wem die dienstzugeteilt sind? (*Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson. – Verfahrensanwalt und Verfahrensrichterin beraten sich.*)

Ich kann die Frage außerhalb der Redezeit gerne umformulieren: War Ihnen bewusst, wem Ihre Personenschützer zugeteilt waren? (*Die Auskunftsperson schüttelt den Kopf.*) Das liegt natürlich im Untersuchungsgegenstand. Waren sie diesem Sondertrupp zugeteilt, der von der FPÖ neu geschaffen wurde, oder waren das ganz reguläre Cobra-Mitarbeiterinnen und - Mitarbeiter?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Verzeihen Sie, ich weiß nicht einmal, was ein Sondertrupp ist oder irgendwie - - Ich weiß es nicht.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Herr Abgeordneter Ries, zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Der Vorhalt ist meiner Meinung nach falsch. Kollege Gerstl, Sie wissen das auch: LVT macht Personenschutz, LVT macht auch hier bei uns im Haus Personenschutz. Das LVT macht Personenschutz bei Treffen von Landeshauptleuten, und das LVT macht Personenschutz bei Treffen von Ministern. Da wurde auch nichts neu geschaffen, keine neuen Planstellen oder irgendwas. Das ist die ganz normale Aufgabe eines LVT-Manns.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Dann darf ich aus dem von mir vorgelegten Dokument vorlesen: „Dennoch griffen die FPÖ-Granden nicht auf die ‚Cobra‘, sondern einen nach der Wahl Ende 2017/Anfang 2018 neu geschaffenen Sondertrupp des Landesamts für Verfassungsschutz [...] zu. Dieser ist offenbar eines jener ‚Geheimprojekte‘, die im



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 28

Innenministerium außerhalb des Kickl-Kabinetts kaum jemand kannte.“ (Die Auskunftsperson berät sich mit Vertrauensperson und Verfahrensanwalt.)

Frau Hartinger-Klein, ich glaube, die Frage ist einfach zu beantworten. War Ihnen bewusst – ja, ich wiederhole die Frage noch einmal –: War Ihnen bewusst oder hatten Sie Kenntnis darüber, dass jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Sie geschützt haben, scheinbar dieser hier im „Kurier“ zitierten Einheit zuzuordnen waren oder eben nicht?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Nein, habe ich nicht, weil, Entschuldigung, wenn mich da jemand begleitet als Sicherheitsdienst – –, ich frage nicht: Woher kommen Sie?, Was machen Sie?, oder – – Ja, tut mir leid.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Dann würde ich gerne kommen zu den Akten nach Ihrer – – also dieser ganzen Privatgeschichte. Sie haben gesagt, Sie können den Begriff privat nicht nachvollziehen. Im Bundesarchivgesetz wird die Begrifflichkeit verwendet, dass Akten „unter Verschluss ins Archiv“ gebracht werden. Haben Sie Akten unter Verschluss ins Archiv bringen lassen?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA (in den Unterlagen blätternd): Das habe ich schon beantwortet.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Könnten Sie es noch einmal beantworten, bitte? (Auskunftsperson **Hartinger-Klein:** Nein, ich wiederhole mich ungern!)

Frau Hartinger-Klein, das obliegt, glaube ich, nicht Ihnen, ob ich meine Frage – – Ich kann meine Frage auch dreimal stellen.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Die Verfahrensrichterin, bitte, dazu.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ich möchte jetzt nur sagen, Frau Bundesministerin a.D., das war immer so Usus, es steht jedem Abgeordneten frei, die Frage zu stellen, die er gerne möchte, und es kann daher durchaus sein, dass Sie es möglicherweise ein zweites Mal beantworten müssen. (Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.)



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 29

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Also ich habe in das Staatsarchiv persönlich nichts hingebracht, Punkt eins. Ja, ich meine, Sie haben mich ja gefragt. (*Heiterkeit der Auskunftsperson.*)

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Haben Sie es veranlasst?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Ich habe das Schreiben meines Kabinettschefs vorgelesen, dass ich also gebeten habe, dass über das Ministerium - -, also die Sektionschefin Zarfl, da alles, also Kabinettsunterlagen an das Staatsarchiv weiterleitet.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): In der Klassifizierungsstufe unter Verschluss? Diese Dokumente, wurden die unter Verschluss ins Archiv gebracht oder nicht? (*Die Vertrauensperson wendet sich an die Auskunftsperson.*)

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Das wurde ich nie gefragt. Sorry, ich meine, das ist halt versiegelt worden und fertig!

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Darf ich nur den Vorhalt- - Entschuldigen Sie, darf ich?

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Bitte, Frau Verfahrensrichterin.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Entschuldigung, ich habe wieder unaufgefordert das Wort ergriffen. Ich möchte nur den Vorhalt verifizieren, weil ich versuche, während dem Zuhören gleichzeitig das Bundesarchivgesetz am Handy zu lesen. Wo haben Sie die Wortfolge unter Verschluss her?

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Außerhalb der Redezeit, Herr Abgeordneter Shetty.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Das Bundesarchivgesetz regelt ja in Verbindung mit der Bundesarchivgutverordnung diese Dinge, und ich beziehe mich auf § 3 Abs. 1 Z 4 dieser Bundesarchivgutverordnung. Die regelt die Klassifizierung unter als „unter Verschluss ins Archiv“ zu bringen.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 30

Meine Frage war aber - - Und ich glaube, Sie haben beantwortet, wenn ich es richtig verstanden habe, dass Sie so etwas nicht angeordnet haben. Richtig? (Die Vertrauensperson berät sich mit dem Verfahrensanwalt.)

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Warum sollte ich das speziell anordnen? Ich verstehe es nicht.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Frau Hartinger-Klein, meine Frage war an Sie, ob Sie Wahrnehmungen dazu haben, dass Sie das angeordnet haben.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Ich habe vorgelesen, was ich meinem Kabinettschef gesagt habe, und fertig.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Dann würde ich gerne Vorlage 1, Seite 10 vorlegen, bitte. (Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

So, und in dieser Mail schreibt ein Mitarbeiter aus dem Ministerium, dass er festgestellt hat – Zitat –: „dass sämtliches Papier der Büros im Kabinett der FBM“ – Frau Bundesministerin – „im großen Stil vernichtet wurde.“ – Das hört sich jetzt nicht wie ein normaler Vorgang an, oder? (Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.)

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Noch einmal: Mein Kabinettschef schreibt mir am 19. Dezember 2022: „Es war Deine Anordnung an SC Zarfl, die Unterlagen des Kabinetts dem Staatsarchiv zu übergeben.“ – Punkt.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Das heißt, Herr E. W.⁷, der diese Mail schreibt, hat das - - Ich meine, der schreibt diese Mail ja, der schreibt, dass er die Info bekommen hat, dass in Ihrem Kabinett Papierakten vernichtet wurden. Das stimmt nicht?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Ich - - Schauen Sie, ich hab nichts geschreddert, und ich habe nichts in Auftrag gegeben, zu schreddern.

⁷ Angenommener Einspruch der Verfahrensrichterin gem. § 20 Abs. 3 VO-UA: Von der Veröffentlichung des Klarnamens wurde abgesehen.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 31

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Entschuldigen Sie, Frau Hartinger-Klein, niemand glaubt, dass Sie persönlich schreddern. Aber haben Sie in Auftrag gegeben (Auskunfts person Hartinger-Klein: Nein!), dass eine Schredderaktion stattfindet, oder nicht?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Nein, ich habe das nicht in Auftrag gegeben. Und noch einmal: Ich lese sogar vor, was mein Kabinettschef mir geschrieben hat, was ich damals angeordnet habe. Also mehr kann ich Ihnen nicht vorlegen.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Noch 5 Sekunden – 6 genau.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Gut. Dann halte ich fest, dass der Mitarbeiter aus dem Ministerium schreibt, in Ihrem Kabinett wurde geschreddert, und Sie jetzt sagen, es wurde nicht geschreddert. Werden wir in der nächsten Runde noch einmal zu erörtern versuchen.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Na, Moment! Ich habe gesagt, ich habe keinen Auftrag gegeben.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ja, meine ich, ja.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Und nicht selbst geschreddert.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ja, das hat niemand gedacht, dass Sie selber herumgeschreddert haben dort, aber - -

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Ihre Redezeit ist beendet. Der Vorhalt war nicht ganz korrekt.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Damit kommen wir zur zweiten Runde.

2,5 Minuten für Herrn Abgeordneten Zarits.

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Ich nehme die Zeit mit in die dritte Runde.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 32

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Danke, damit kommen wir zu Frau Abgeordneter Kucharowits.

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Ich möchte gerne noch Bezug nehmen auf meine letzte Frage in der ersten Runde, bitte, Frau Bundesministerin außer Dienst.

Haben Sie Wahrnehmungen darüber, über Personalbesetzungen von Vorständen bei den SV-Trägern auf Regierungsebene gesprochen zu haben, Sie selbst?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Haben andere Regierungsmitglieder in Runden, wo Sie dabei waren, darüber gesprochen, aus Ihrer Wahrnehmung?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Schauen Sie, Frau Abgeordnete, ich kann sagen, es hat mehreren Runden gegeben, also auch Arbeitsgruppen, ja, die sich einerseits mit der rechtlichen Thematik beschäftigt haben, also mit den Gesetzen und dann natürlich also auch Abläufen und so weiter.

Und dann hat es eine Steuerungsgruppe gegeben. In dieser Steuerungsgruppe – das wird Sie vielleicht interessieren – waren neben meiner Wenigkeit mein Kabinettschef dabei, manchmal mein Fachexperte -, der Fachexperte der Freiheitlichen Partei, also der für Soziales, und seitens der ÖVP war dabei Klubobmann Wöginger, Herr Präsident Sobotka, der Kabinettschef des Bundeskanzlers, Bonelli, von der Sozialversicherung, der Pensionsversicherung, Pinggera, von der – also jetzigen – ÖGK Generaldirektor Wurzer und vom Wirtschaftsbund Herr Egger, und davor war es Karlheinz Kopf.

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Danke, aber meine Frage war, ob es in diesen Runden zum Beispiel -, ob Sie Wahrnehmungen dazu haben, dass über Besetzungen, Vorstandsbesetzungen im Kontext der Sozialversicherungsträger gesprochen wurde.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Im Hintergrund hat man natürlich: Wer wird sich bewerben? Wer wird sich - - Das hat man gesprochen, aber nicht in den offiziellen Sitzungen.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 33

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Was meinen Sie mit: Im Hintergrund wurde gesprochen!? Wer hat im Hintergrund – aus Ihrer Wahrnehmung – mit wem gesprochen und worüber?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: In der Pause beim Kaffeetrinken hat sich - - Na, der wird sich bewerben oder der wird sich bewerben! – Mehr nicht.

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Also eine Abmachung und einen Sideletter können Sie aus Ihrer Wahrnehmung heraus aus diesen Runden und damit auch auf Regierungsebene ausschließen?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Ausschließen kann ich es nicht, ja, aber wahrgenommen - - (Abg. Kucharowits: Aber?) – aber wahrgenommen auch nicht.

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Vielen Dank.

Ich würde gern zu dem Themenbereich kommen, den Kollege Shetty aufgespielt hat. Sie haben selber gesagt, Sie persönlich haben weder den Auftrag gegeben, Akten zu schreddern, Sie selbst haben nicht geschreddert.

Es gibt aber dieses Dokument, das uns eben vorliegt, und deshalb frage ich Sie: Haben Sie Wahrnehmungen dazu, dass Ihr Kabinettschef autonom Akten vernichtet, geschreddert hat?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Habe ich nicht. Mein Kabinettschef ist ein sehr gewissenhafter Mensch, und der macht das sicher nicht, wenn ich also einen anderen Auftrag gegeben habe.

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Haben Sie Wahrnehmungen, dass andere Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiter:innen in Ihrem Kabinett geschreddert hätten?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Habe ich keine Wahrnehmungen.

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Können Sie sich dann dieses Schreiben aus Ihrer Wahrnehmung heraus erklären, das Ihnen vorhin von Kollegen Shetty vorgelegt wurde, das eben uns, dem Untersuchungsausschuss, zur Verfügung steht?



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 34

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Sorry! Was soll ich zu dem Schreiben sagen? Ich wundere mich darüber.

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Ich würde gern noch zum Bericht der Internen Revision kommen, zum Thema Auftragsvergaben des Sozialministeriumservice. Wir haben die Vorlage 67863.

Es gibt Kritikpunkte: Unter anderem gibt es den Kritikpunkt bezüglich Nichteinhaltung von Vergleichsangeboten, und dass das hier sozusagen als deutlich verbesserungswürdig festgestellt wurde. (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*)

Ich möchte Sie gerne fragen, welche Wahrnehmungen Sie zu diesen derart gravierenden Mängeln, die hier im internen Revisionsbericht aufgezeigt wurden, haben?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Sorry! So schnell kann ich das jetzt nicht lesen, ja.

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Entschuldigen Sie bitte! Ich möchte ergänzen: Es ist die Seite 19. Vielleicht ist es dann leichter zu erfassen. Danke schön. Da gibt es eine Zusammenfassung. (*Die Auskunftsperson liest in den Unterlagen. – Abg. Shetty: Herr Vorsitzender! Entschuldigung! Bei uns die Technik funktioniert jetzt den ganzen Tag schon nicht. Vielleicht können wir da - -! Weil: Ohne die Dokumente ist es ein bisschen schwierig! Es geht dann immer, wenn - -! Sie spielen es uns dann ein, oder? Weil: Ich habe mir schon gedacht, es ist jetzt immer ein komischer Zufall, dass immer, wenn ich mich beschwere, dass es nicht funktioniert, dass es dann funktioniert. Aber es funktioniert - -! ... ist einfach so, wenn man - -!*)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Ja, wir haben es leider am Vorsitz auch. Die Frau Verfahrensrichterin hat auch immer wieder diese Ausfälle. Es ist uns bewusst, und die IT arbeitet daran, ja. Es tut uns leid, ja.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Ich sehe also, dass da das Sozialministeriumservice anscheinend an den Elak noch nicht angeschlossen war oder ist. Keine Ahnung, ich höre das zum ersten Mal.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 35

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Das heißt, der interne Revisionsbericht, Prüfbericht ist Ihnen unbekannt?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Ja, ist mir unbekannt.

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Die Nachfragen bezüglich Einholung oder Nichteinholung, wenn es um diverse Vergaben geht, was Vergleichsangebote anbelangt, ist Ihnen aus Ihrer Wahrnehmung heraus in Ihrer Zeit bitte von damals auch unbekannt, dass es hier Nachfragen gab? (*Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.*) Es geht um Vergabe.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Ja, ja, das weiß ich schon, ja.

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Und wenn man hier - - Es gibt den Kritikpunkt, eben keine Vergleichsangebote hier eingeholt zu haben.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Im Sozialministeriumservice? (*Abg. Kucharowits: Genau!*) In der Serviceabteilung?

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Ja, genau. Und meine Frage war einfach, was Ihre Wahrnehmung dazu ist.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Höre ich zum ersten Mal, habe ich keine Wahrnehmung.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Vielen Dank. Die Redezeit ist beendet.

Wir kommen nun zu Herrn Abgeordneten Ries.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Ich mache nur noch einmal darauf aufmerksam, dass das Archivgesetz immer von „Schriftgut“ spricht. Im Archivgesetz ist auch – noch einmal – normiert in § 2 Z 2, dass persönliche Unterlagen, sofern sie keine öffentliche Aufgaben zum Zweck haben oder erfüllen, davon ausgenommen sind – das heißt, auch Zwischenkommunikation im politischen Kabinett – und dass diese Unterlagen vermutlich analog zu dem von Minister Leichtfried in einen Datenschutzcontainer gekommen sind und sonst gar nichts; also eine normale Vorgangsweise.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 36

Die restliche Zeit nehme ich mit.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Danke.

Herr Abgeordneter Koza.

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Sehr geehrte Frau Mag. Hartinger-Klein, Sie haben zuerst erwähnt, dass die Postenbesetzungen in den Sozialversicherungen Sache der Selbstverwaltung sein würden. Ich bitte daher um Vorlage des Artikel 8, dieses „Brisante SMS: So fühlte sich Strache von Kurz um Posten geprellt“. (Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück. – Die Vertrauensperson wendet sich an die Auskunftsperson.)

Gefunden. Es handelt sich hier um den ersten Absatz, den letzten Satz. Hier wird ein SMS-Verkehr zwischen Strache und Kurz im Zusammenhang mit einem der vorangehenden Untersuchungsausschüsse zitiert, wo es im Zusammenhang mit den Sozialversicherungen heißt: „Wir haben ein großes Problem: Statt 17 vereinbarte Positionen für uns nur neun!“

Sehr geehrte Frau Ex-Ministerin Hartinger-Klein, wie passt das zusammen mit der Erklärung, dass die Postenbesetzungen in den Sozialversicherungen Sachen der Selbstverwaltung wären und nicht im Rahmen von parteipolitischen Deals ausverhandelt wurden?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Sorry! Zu so einem SMS-Verkehr kann ich nichts sagen. Also ich wundere mich, weil: Wo gibt es so viele Positionen überhaupt, ja?

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Das hat mich auch verwundert. (Auskunftsperson Hartinger-Klein: Ja!) Ich muss allerdings feststellen, dass das offensichtlich hier herinnen ist und Sie als zuständige Fachministerin scheinbar in der Frage der Besetzung von Sozialversicherungsfunktionen nicht eingebunden waren. Ich bitte weiters um die Vorgabe - -

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Nein, das ist - - Moment! Moment! Moment! Das weise ich jetzt zurück, bitte. Das ist eine Unterstellung.

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Na, dass Sie es nicht gewusst haben, offensichtlich.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 37

Es ist Sache der Selbstverwaltung – Sie haben vollkommen recht –, aber ganz offensichtlich hat es hier doch parteipolitische Absprachen gegeben, weil: Warum sollte sonst Vizekanzler Strache ein entsprechendes Mail, einen entsprechenden Mailverkehr durchführen? (*Die Vertrauensperson wendet sich an die Auskunftsperson.*)

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Herr Kollege, ich habe Ihnen vorgelesen, was Obmann Matthias Krenn im U-Ausschuss zu Ibiza gesagt hat. Das kann ich nur unterstreichen.

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Ja.

Ich würde gerne das Dokument 70056 noch als Vorlage haben. Hier geht es um die Postenbesetzungen im Dachverband der Sozialversicherungsträger. In dem Fall geht es um den Büroleiter. Und hier spricht ein Arbeitnehmervertreter von der sogenannten Donnerstagsrunde, in der offensichtlich Postenvergaben vereinbart würden. (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*)

Nur eine Frage, auch im Zusammenhang mit dem SMS von Herrn Vizekanzler Strache: Ist Ihnen die Donnerstagsrunde bekannt?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Nein, ist mir nicht bekannt.

Ich kann Ihnen sagen, dass diese Zeit ja ein Überleitungsgremium war. Dieses Überleitungsgremium wurde von Pöltner und Nemec, also Ingrid Nemec, geleitet. Ingrid Nemec: ÖVP, Pöltner ist eher aus dem sozialdemokratischen Umfeld. Hier waren also noch weitere zwölf Mitglieder in der Überleitungskommission – alles Selbstverwaltung, bitte –, und die haben über die Bestellung des Managements beim Dachverband entschieden; Punkt.

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Na ja, es hat später ja einen Entscheid des Verwaltungsgerichtshofs gegeben, wo die Besetzung beziehungsweise die Vorgänge teilweise als rechtswidrig auch aufgehoben und kritisiert worden sind.

Aber dennoch: Wenn Ihnen die Donnerstagsrunde nicht bekannt ist und alles in Selbstverwaltung besetzt: Warum gibt es Ihres Erachtens einen SMS-Verkehr zwischen Kurz und Strache, wo die Frage der Sozialversicherungspositionen besprochen wird?



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 38

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA (erheitert): Herr Abgeordneter, das weiß ich nicht. Ich war da nicht involviert.

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Dass es ein eigenartiges Bild auf die Postenvergaben wirft, da würden Sie mir schon zustimmen, oder? (*Die Vertrauensperson wendet sich an die Auskunftsperson.*)

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Das ist keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Ich nehme mir die 14 Sekunden mit.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Vielen Dank. Es geht nur um Wahrnehmungen und nicht um Einschätzungen.

Wir kommen zu Herrn Abgeordneten Shetty.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Frau Hartinger-Klein, haben Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit als Ministerin jemals Aufträge für strategische Beratung aus öffentlichen Geldern in Auftrag gegeben?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Es ist die Frage, was Sie unter strategischer Beratung ver- - Im Rahmen der Fusion? Oder welche strategische Beratung meinen Sie?

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Für Ihre persönliche Positionierung, Training, Koordination von Journalistenanfragen, Medientraining, würde ich sagen.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Medientraining nicht. Es hat da - - Ganz am Anfang meiner Ministerzeit habe ich jemanden beauftragt, der mir geholfen hat, weil ich noch keinen Pressesprecher hatte. Und als Ministerin - - Also ich glaube, wir wurden am 17. Angelobt – ja, am 17. Dezember –, und mein Pressesprecher, oder die Pressesprecherin in dem Fall, ist erst, glaube ich, am 8. Jänner oder was gekommen. Und da brauchte ich also in der ganzen Organisation eine Unterstützung, aber nicht in der Strategie.

Vielleicht haben Sie das gemeint, ich weiß es nicht.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 39

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ja, und der Vertragsinhalt lautet auf strategische Beratung. Aber nachdem es am 23. Dezember abgeschlossen wurde – ich wollte jetzt nur wissen, ob Sie sich auch daran erinnern können –, nehme ich an, dass das das war.

An wen wurde denn dieser Auftrag vergeben?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Da gibt es eine parlamentarische Anfrage. Moment! (Die Auskunftsperson blättert in den Unterlagen.) Und zwar 2123/AB und noch eine: 662/AB; also Beantwortungen sind das.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Wollen Sie mit uns Ihre Antwort teilen?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Ja.

„Im Zeitraum 1.7.2018 – 30.9.“ – Nein, Entschuldigung, das war jetzt die falsche.

Die Verantwortung - - Wo habe ich das jetzt?

„Im Zeitraum vom 18.12.2017“ – jetzt habe ich es – „bis 17.4.2018 wurden Zahlungen in Höhe von 15.480,- für das Büro der Frau Bundesminister geleistet. Auftragnehmer: B. GmbH⁸, Zweck: Erstellung von strategischen Konzepten [...] Pressekoordination.“

Und ich kann mich erinnern, bei der Auftragerteilung, dass die bereits schon einen Rahmenvertrag im Sozialministerium hatten.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Haben Sie Wahrnehmungen dazu, dass dieser Vertrag Gegenstand eines Rechnungshofberichtes ist?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Bin ich mir jetzt nicht sicher, muss ich ehrlich sagen; weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ist es, und dieser Vertrag wird auch relativ zerlegt, würde ich jetzt einmal so sagen, auf mehreren Seiten. Vorlage 3 würde ich Ihnen

⁸ Angenommener Einspruch der Verfahrensrichterin gem. § 20 Abs. 3 VO-UA: Von der Veröffentlichung des Klarnamens wurde abgesehen.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 40

gerne vorlegen – das ist dieser Bericht –, Seite 37. (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*)

Ab Seite 37, also relativ umfassend befasst sich der Rechnungshof mit diesem Auftrag. Und zwar kritisiert der Rechnungshof – wir haben auch die Randziffern herausgeschrieben –, Randziffer 25.1 im Bericht, dass keine Vergleichsangebote eingeholt wurden.

Warum wurden keine Vergleichsangebote eingeholt?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Nochmals: Weil ich die Information bekommen habe, dass es schon einen Rahmenvertrag gibt. Warum soll ich da jetzt noch ein Vergleichsangebot machen?

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Das deckt sich aber nicht mit den Informationen aus dem Rechnungshofbericht.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Sorry! Ich kann mich nur so - -, an das erinnern.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Der Rechnungshof kritisiert, dass die Preisangemessenheit nicht überprüft wurde. Wissen Sie, warum?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Dafür war ich nicht zuständig.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Der Rechnungshof kritisiert, dass dieser Auftrag mündlich und nicht schriftlich vergeben wurde. Wissen Sie, warum?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Das habe ich Ihnen erklärt. Also weil erstens: Es hat einen Rahmenvertrag gegeben. Und zweitens habe ich dringend Unterstützung gebraucht.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Und wissen Sie, warum die aktenmäßige Dokumentation des Auftrages erst nach Leistungserbringung und nach Einlangen der Rechnung erfolgte?

Auch das kritisiert der Rechnungshof. Das ist nicht unsere Kritik, sondern die Kritik des Rechnungshofes.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 41

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Sorry! Das weiß ich nicht.

Mit diesen operativen Dingen – glauben Sie mir! – habe ich da nichts zu tun, ja.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Waren Sie vielleicht – um das Thema zu wechseln – operativ in die Schaltung von Inseraten jemals involviert?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Nein. Ich wurde nur einmal gefragt. Also da war eine Diskussion, ob wir – ich glaube, das „Alles roger?“ oder so – ein Inserat schalten, und da habe ich Nein gesagt.

Sonst habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Und warum haben Sie bei „Alles roger?“ Nein gesagt? Bei „Alles roger?“ haben andere Ja, roger gesagt. (Heiterkeit.)

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA (erheitert): Ja, ich bin halt das Sozialministerium gewesen, und da gelten andere Kriterien.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Aber was spricht gegen „Alles roger?“? Na ja, was hat damals bei der Inser- -

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Das ist keine Wahrnehmung, das ist eine Einschätzung, und die gebe ich nicht ab.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Nein, bitte schon.

Was war Ihre Wahrnehmung damals, dass Sie sich gegen eine Inseratenschaltung bei „Alles roger?“ entschieden haben – Ihre Wahrnehmung für Ihre politische Entscheidung als Ministerin?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Weil ich kein freiheitliches Medium unterstützen wollte; Punkt. (Abg. Hanger: Regierungsgeld ...!) – Ja, habe ich ja nicht gemacht, Herr Hanger.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Sie würden sagen, dass „Alles roger?“ ein freiheitliches Medium ist? Hatten Sie damals die Wahrnehmung, dass - - So hätten wir Sie



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 42

jetzt verstanden, aber das können wir auch dem Wortprotokoll entnehmen. (Die Auskunftsperson berät sich mit dem Verfahrensanwalt. – Abg. **Ries** hebt die Hand.)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Herr Abgeordneter Ries, zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich denke, es ist für alle merkbar, dass hier Kollege Shetty versucht, die Frau Bundesminister außer Dienst in Widersprüche zu verstricken. (Abg. **Shetty** hebt die Hand.)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Vielleicht jetzt Herr Abgeordneter Shetty zur Geschäftsordnung, und dann würde ich die Verfahrensrichterin noch einmal zur Vorgangsweise bitten.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS) (zur Geschäftsbehandlung): Also die Interpretation liegt natürlich bei der Verfahrensrichterin.

Ich glaube vielmehr, dass Abgeordneter Ries versucht, hier vom Thema abzulenken, weil es vielleicht unangenehm ist, dass eine ehemalige FPÖ-Ministerin hier – das werden wir im Protokoll nachlesen können – ein Medium, das scheinbar von der FPÖ nicht als FPÖ-Medium bezeichnet wurde, als solches klassifiziert, zusätzlich im Gegensatz zu anderen Ministerien sich geweigert hat, in diesem Medium zu inserieren.

Ich finde grundsätzlich positiv, dass Sie das nicht gemacht haben. Man könnte auch sagen: selbstverständlich.

Aber, Frau Verfahrensrichterin, vielleicht können Sie den Vorwurf von Abgeordnetem Ries einschätzen.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Es war natürlich - - Ich finde nur, die Frau Bundesministerin a.D. hat die Frage einfach beantwortet. Es fällt mit dazu nicht sehr viel mehr ein, ehrlich gesagt.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 43

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Wenn ich vielleicht die Frau Verfahrensrichterin noch ergänzen darf, da wir vorher kurz miteinander geredet haben: Ein Medium, das keinen Rechtsvorschriften widerspricht, ist grundsätzlich nichts Inkriminiertes, und es geht hier um Vollzugsakten in der Verwaltung, daher sind wir einfach ein bisschen sensibel (*Abg. Hanger hebt die Hand*), dass es nicht automatisch zu einer Inkriminierung kommt.

Herr Abgeordneter Hanger.

Abgeordneter Mag. Andreas Hanger (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich möchte auf Kollegen Ries replizieren und ich habe auch die Frage des Kollegen Shetty irgendwie nicht unterstellend, sondern sehr klar gefunden. Ich möchte durchaus auch anerkennen, was die Auskunftsperson gesagt hat. Sie hat nämlich gesagt: Ich habe entschieden, in diesem freiheitlichen Medium nicht zu inserieren. Aus Chatgruppen wissen wir, dass Regierungskollegen von Ihnen sehr wohl dort inseriert haben, das liegt schwarz auf weiß am Tisch, ist untersuchungsgegenständlich. Ich möchte jetzt wirklich auch die klare Haltung in dieser Frage anerkennen. (*Auskunftsperson Hartinger-Klein: Danke!*)

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Die Frau Verfahrensrichterin noch einmal, bitte.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ich sage es ganz offen: Ich kenne diese Zeitung nicht, ich habe aus eigener Wahrnehmung kein Wissen, ob das einer Partei zugehörig ist oder nicht. Ich möchte nur anschließend sagen: Natürlich ist Inseratenvergabe klarerweise Untersuchungsgegenstand, es ist aber auch die Zweckwidrigkeit Gegenstand, und das heißt, dass man das schon auch immer ein bisschen argumentieren müsste; zweckwidriges Geldausgeben.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Aus sachfremden Motiven, darum geht es.

Gut, damit können wir in der Fragestellung fortfahren. – Herr Abgeordneter Shetty.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 44

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Von wem wurde dieser Wunsch, bei „Alles roger?“ zu inserieren, an Sie herangetragen?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Mein Pressesprecher hat mir das gesagt.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Hat Ihnen Ihr Pressesprecher auch gesagt, wer es ihm gesagt hat?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Nein.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Um welches Thema ging es bei diesem Inserat? Oder ging es primär um das Inserat und nicht um das Thema?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Das weiß ich nicht. Um das Inserat ist es gegangen, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Nicht, dass ich Sie wieder in Widersprüche verwickeln möchte. Meine Frage war: Ging es primär um das Inserat oder ging es darum, eine Kampagne zu inserieren?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Meiner Erinnerung ging es um ein Inserat.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Also das Thema war wurscht?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: So weit sind wir nicht gekommen, weil: Ich habe gesagt, Nein, aus! – Wir haben nicht diskutiert: mit welchem Inhalt.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Das war eine Unterstellung und keine Frage. (Die Abgeordneten *Ries* und *Shetty* heben die Hand.) – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Das würde ich nicht sagen, denn meine Frage war: Ging es darum, einfach Inserate zu schalten, um der Inserate willen, oder ging es darum, eine Kampagne zu inserieren (Auskunftsperson *Hartinger-Klein*: Nein, keine Kampagne!), oder halt um ein Thema? Ging es darum: Wir wollen jetzt – keine Ahnung – eine Impfkampagne - -



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 45

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Es ist das Wort Inserat gefallen und ich bitte, das jetzt so zur Kenntnis zu nehmen, Herr Kollege!

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Noch einmal Herr Abgeordneter Ries zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Kollege Shetty will wissen, was der Inhalt eines Inserates war, das niemals geschalten wurde. Das ist unterstellend. Wie soll die Frau Minister darauf eine Antwort geben können? Es gab dieses Inserat nicht, deswegen gibt es auch keinen Inhalt oder keinen vermutlichen Inhalt.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Darf ich die Frau Verfahrensrichterin noch einmal bitten?

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Das sehe ich jetzt nicht ganz so, weil natürlich, wenn ein Inserat zur Sprache kommt, dann hat dieses Inserat offenkundig wahrscheinlich einen Inhalt. Die Frau Bundesministerin a.D. hat gesagt, sie hat es nicht geschaltet, die Thematik ist nicht mehr zur Sprache gekommen. Aber es hätte zur Sprache kommen können und dann hätte es natürlich auch einen möglichen Inhalt geben können, der hier jetzt abfragbar ist. Wobei ich aber auch noch sagen muss, Herr Abgeordneter, weil Sie sagen: eine Kampagne. Auch eine Kampagne per se kann sachlich berechtigt sein, außer Sie meinen jetzt eine parteipolitisch motivierte Kampagne. Aber ansonsten kann ein Inserat oder auch eine Kampagne durchaus sachgerecht sein und ein sachgerechtes Thema haben.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Ich wiederhole gerne außerhalb der Redezeit noch einmal meine Frage, denn vermutlich ist sie missverständlich rübergekommen. Wurde an Sie herangetragen: Wir wollen zu einem Thema XY – was auch immer, ich sage jetzt beispielhaft: zu einem Impfthema – bei einem Medium inserieren? (Die Auskunftsperson schüttelt den Kopf.) Oder wurde an Sie herangetragen: Wir wollen bei „Alles roger?“



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 46

inserieren? – Das macht einen großen Unterschied, denn beim einen geht es darum, ein Thema bei einem, sei es auch befreundeten Medium unterzubringen, oder einfach nur ein Medium mit Geld zu bewerben. Es wäre schon interessant, zu wissen: Wurde an Sie ein Thema herangetragen, das inseriert werden soll, oder wurde an Sie herangetragen: Inserate bitte!?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Herr Abgeordneter, ich habe gesagt: Kein Thema: Inserate bitte! – Punkt.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Dann würde ich das gerne im Protokoll festhalten, dass das extrem befremdlich ist.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Was? Was bitte? (Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.)

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Nicht Ihre Aussage! Nicht Ihre Aussage, sondern der Fakt!

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Das ist eine Einschätzung des Abgeordneten und hat nichts mit Ihren Wahrnehmungen zu tun.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Waren Sie jemals in Chatgruppen, in denen sich über Inserate unterhalten wurde – mit anderen Ministerkolleg:innen?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Nein. Ich kann mich nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Nein oder können Sie sich nicht erinnern?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Ich kann mich nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Dann würde ich Ihnen gerne Vorlage 4 vorlegen, bitte. (Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)

Ist das Ihre Telefonnummer? (Die Auskunftsperson bejaht dies.) In dieser Chatgruppe schreibt H.C. Strache: „Bitte weiter bei Fellner schalten.“ – Um was könnte es da gegangen sein?



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 47

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Herr Kollege, ich weiß es nicht. Ich habe solche Chats – Sie verzeihen, das ist vielleicht jetzt despektierlich für die anderen – nicht sehr ernst genommen.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Frau Ministerin, wir nehmen das eh alles zur Kenntnis, da ist eh sehr viel dabei aus dieser heutigen Befragung. Aber ich finde schon, Sie waren ja nicht irgendwer, Sie waren oberstes Organ im Bundesministerium. Sie waren Bundesministerin und Sie waren in Chatgruppen, wo darüber geredet wird: dort schalten, da schalten, nicht mehr schalten, bei Berichterstattung gut oder schlecht. – Aber ja, das lassen wir derweil so stehen. Danke. (*Die Auskunftsperson liest in den Unterlagen und berät sich mit ihrer Vertrauensperson.*)

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Das ist Unterstellung, was Sie jetzt machen, muss ich dazusagen.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Die Befragungszeit ist abgelaufen, aber ich darf das Wort noch an die Frau Verfahrensrichterin geben.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ich wollte nur darauf hinweisen: Sie jetzt einen Chat vorgelegt haben, und Sie haben gesagt: In einer Gruppe, in der das gesagt wird und das gesagt wird. – Das wissen wir nicht, hier ist nur ein einziger Chat.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Wir können gerne noch mehr - -, es gibt viele, Frau Hartinger-Klein.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Die Fragezeit ist beendet, Herr Abgeordneter Shetty.

Wir kommen nun zur dritten Fragerunde. – Herr Abgeordneter Zarits.

Abgeordneter Christoph Zarits (ÖVP): Frau Bundesminister außer Dienst, ich glaube, Sie haben jetzt sehr umfangreich aus Ihrer Sicht den Rechnungshofbericht kommentiert und die Fragen der Abgeordneten beantwortet. Sie haben vorher gesagt, dass Sie die Fragen nicht



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 48

gerne zweimal beantworten. Ich stelle die Fragen auch nicht gerne zweimal; der Christbaum ist sozusagen abgeräumt und die Fragen wurden dementsprechend auch alle gestellt. Sie haben jetzt auch erklärt, dass Sie im Gegensatz zu Ihren FPÖ-Regierungskolleginnen und -kollegen in keinen Parteimedien geschalten haben, somit ist bei Ihnen alles roger und ich wünsche Ihnen einen guten Abend. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Danke vielmals, Herr Kollege.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Vielleicht ist die Einschätzung gewagt, aber schauen wir einmal. – Das war jetzt außerhalb des Protokolls.

Frau Abgeordnete Kucharowits.

Abgeordnete Katharina Kucharowits (SPÖ): Ich bedanke mich fürs Kommen. Wir können dezidiert mitnehmen – und das war für uns sozusagen die krönende Aussage des Abends, wenn ich das so sagen darf –, dass die Patient:innenmilliarde ein Marketinggag ist. Danke für Ihr Zitat, Frau Bundesministerin.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Da bin ich übrigens nicht die Einzige, auch im Nationalrat hat es Kollege Smolle gesagt.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Dann hätten wir das auch und kommen zu Herrn Abgeordneten Ries.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Ich bedanke mich für Ihr Kommen. Jetzt konnten wir zumindest den Beweis antreten, dass das, was Ihnen unterstellt wurde – dass Sie alle Akten schreddern ließen –, nicht den Tatsachen entspricht. Ich bedanke mich für die Bereitschaft, hier auszusagen, danke.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Danke.

Herr Abgeordneter Koza.

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Ich bitte noch einmal um die Vorlage des Dokuments 70025. (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*)



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 49

Es geht hier noch einmal um die Vernichtung von papierenen Akten im Ministerium – egal, wer jetzt die Weisung gegeben hat – und die Information darüber, dass jene Akten der Elak auf CD gepresst in das Staatsarchiv gebracht wurden.

Nach wie vor ist die große Frage: Sind Sie bereit, dass das Parlament, dieser parlamentarische Untersuchungsausschuss Einsicht in diese Akten, die nach diesem Mail eindeutig als Kabinettsakten definiert sind, nimmt oder nicht? (*Die Auskunftsperson blättert in den Unterlagen und berät sich mit ihrer Vertrauensperson.*)

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Herr Abgeordneter, nachdem zu Ihrem, sage ich einmal, Untersuchungsgegenstand – also Ihrem, Entschuldigung (*Heiterkeit der Auskunftsperson*), ja: Untersuchungsgegenstand – diesbezüglich alles verelakt ist, das heißt, es sind alle, sage ich einmal, maßgeblichen Dokumente verelakt, ist im Staatsarchiv nichts; Punkt.

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Also sehr geehrte Frau Ministerin außer Dienst, die Rechnungshofpräsidentin ist davon nicht 100 Prozent überzeugt, die Rechnungshofpräsidentin und auch der Rechnungshofbericht lässt offen - - Und ich sage Ihnen ganz ehrlich, wir als Parlamentarier:innen würden eigentlich sehr gerne auch selber überprüfen können, ob dem tatsächlich so ist.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Das versteh ich. Ändern Sie das Gesetz!

Abgeordneter Mag. Markus Koza (Grüne): Inwieweit diese Gesetzesänderung rückwirkend möglich ist, sei dahingestellt.

Die letzte Frage: Sie haben uns mitgeteilt, dass keine Unterlagen zum Untersuchungsgegenstand enthalten sind. Laut Unterlagen des Staatsarchivs haben Sie aber gar nicht Einsicht genommen. Jetzt ist die Frage: Ist das vom Staatsarchiv nicht entsprechend dokumentiert, oder woher wissen Sie, dass da einfach nichts drinnen ist, wenn das die Kabinettsakten sind?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Schauen Sie, wie lautet der Untersuchungsgegenstand? (*Die Auskunftsperson blickt in die Unterlagen.*) Hat bei einer Vergabe ein politisches Naheverhältnis eine Rolle gespielt? Oder: Inserate und Umfragen, Gutachten, Studien. – Es ist alles verelakt.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 50

(Abg. **Koza**: Offensichtlich nicht!) Ja, sicher. Natürlich, kann auch sein, dass diese Unterlagen bei meiner Nachfolgerin vorhanden sind. Bei mir sind sie nicht vorhanden.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Damit kommen wir zum letzten Fragesteller, Herrn Abgeordneten Shetty. – Bitte.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Frau Hartinger-Klein, hatten Sie Wahrnehmungen zur damaligen Zeit, zu der Zeit, als Sie bei „Alles roger?“ nicht inserieren wollten, dass in anderen Ministerien Inserate geschaltet wurden in Medien, die mit „Alles roger?“ vergleichbar sind – „Unzensuriert“ et cetera?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Glauben Sie mir, Herr Kollege, ich war so beschäftigt mit meinem Ministerium und den zwölf Sektionen: Dafür hätte ich keine Zeit gehabt.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Meine Frage war: Haben Sie Wahrnehmungen?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Hatten Sie Wahrnehmungen dazu, dass insbesondere in den FPÖ-geführten Ministerien Inserate für gute Berichterstattung gegeben wurden (*die Auskunftsperson schüttelt den Kopf*) und Inserate für schlechte Berichterstattung entzogen wurden? (*Die Auskunftsperson berät sich mit ihrer Vertrauensperson.*)

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Nie etwas davon gehört zur damaligen Zeit? (Auskunftsperson **Hartinger-Klein**: Nein!)

Dann würde ich gerne vorlegen: Vorlage 5, Seite 4. (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*)

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Ich kann das kaum lesen!

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Na, ich lese es Ihnen eh vor. Da schreibt Ihr damaliger Parteichef und Vizekanzler H.C. Strache in dieser Chatgruppe, in der Sie nicht sind:



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 51

„Die freien Medien bitte nach wie vor mit Inseraten betreuen, aber auch die Inhalte dort müssen sich rasch im Sinne der FPÖ wieder finden!“ – Das heißt, solche Aussagen sind Ihnen aus der damaligen Zeit nicht erinnerlich?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Schauen Sie, ich war nicht in der Koordinierungsgruppe, die es gegeben hat, ich war nicht in irgendeiner Donnerstaggruppe, oder was Sie gesagt haben, also: nein.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Und wissen Sie, nach welchen Kriterien entschieden wurde, welche der Ministerinnen und Minister in diesen Gruppen waren und welche nicht?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Nein, weiß ich nicht.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Noch 7 Sekunden.

Abgeordneter Mag. Yannick Shetty (NEOS): Gut. Ja, dann bedanke ich mich bei Ihnen, Frau Hartinger-Klein, es war eine sehr spannende Befragung. Danke.

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Vielen Dank.

Das war nun der letzte Redner aus der Reihe der Abgeordneten. Da die nach der Verfahrensordnung vorgesehene Befragungsdauer noch nicht erschöpft ist, möchte ich die Verfahrensrichterin fragen, ob sie noch ergänzende Fragen an die Auskunftsperson richten möchte. **Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards:** Heute möchte ich ausnahmsweise noch eine ergänzende Frage stellen.

Ich hoffe, dass ich es jetzt anhand des Gesetzestextes für uns alle verständlich formulieren kann. Es geht noch einmal um diese Privatakten, es tut mir leid. Folgendes: Ich gehe davon aus, die Kritik des Rechnungshof hat sich auf einen Vergabeakt bezogen (*Die Auskunftsperson nickt*), wo man annimmt, ein Vergabeakt ist etwas, was in einem Elak ist oder in einem Ministerium verbleibt oder halt für den weiteren Gebrauch zur Verfügung stehen sollte.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 52

Jetzt steht in § 5 Abs. 1 Bundesarchivgesetz: Die Bundesbediensteten – ich komme nur auf den wesentlichen Punkt – „haben [...] das gesamte Schriftgut, das bei der Erfüllung ihrer Aufgaben oder der ihrer Rechtsvorgänger angefallen ist und zur Erfüllung ihrer laufenden Aufgaben nicht mehr benötigt wird, auszusondern und dem Österreichischen Staatsarchiv [...] anzubieten.“

Das verstehe ich jetzt so – und ich beziehe mich jetzt noch einmal darauf, dass Sie das Mail von Ihrem Kabinettschef angesprochen haben, der gesagt hat, Sie haben angeordnet, dass das ins Staatsarchiv kommt –: Irgendjemand, wer immer, muss die Entscheidung getroffen haben, dass dieser Akt nicht mehr für die laufenden Aufgaben benötigt wird und daher ins Staatsarchiv kommt.

Das heißt, es kann ja nicht jeder Akt einfach ins Staatsarchiv kommen, sonst müsste ja jeder Minister bei null beginnen. Es muss eine Entscheidung getroffen werden, dass manche ins Staatsarchiv kommen und manche nicht.

Und nachdem Sie das Mail Ihres Kabinettschefs vorgelesen haben, möchte ich jetzt diese Frage stellen: Haben Sie das ausgesondert? Wer hat diese Entscheidung getroffen, was ins Staatsarchiv kommt, weil es – laut dem Gesetzestext – nicht mehr benötigt wird?

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Noch einmal: Das sind Vergabeakten gewesen, die natürlich verelakt werden müssen. Und da müssen Sie bitte meine Nachfolgerin fragen, weil die hat letztendlich diese Vergabeunterlagen des Rechtsanwalts in Empfang genommen; also nicht sie persönlich, sondern mit Protokoll.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Ja, aber ich habe das ja nur deswegen gefragt, weil Sie eben vorhin, ganz zu Beginn, das E-Mail Ihres Kabinettschefs vorgelesen haben, wo Sie gesagt haben, wie das zustande gekommen ist. Und da haben Sie gesagt, Ihr Kabinettschef hat geschrieben, Sie haben die Übergabe ans Staatsarchiv angeordnet.

Mag. Beate Hartinger-Klein, MA: Ja sicher, der Kabinettsakten, aber nicht dieses Vergabeaktes, den hatte ich ja noch nicht.

Verfahrensrichterin Mag. Christa Edwards: Okay, vielen Dank.



Stenographisches Protokoll

Rot-blauer-Machtmisbrauch-UsA – XXVII. GP 10. April 2024/Befragung – 7. Sitzung / 53

Vorsitzender-Stellvertreter Mag. Wolfgang Gerstl: Vielen Dank, Frau Verfahrensrichterin.

Es liegen nun keine weiteren Fragen mehr vor. Ich erkläre somit die Befragung der Auskunftsperson für beendet.

Ich bedanke mich für Ihr Kommen, Frau Bundesministerin a.D. ***Mag. Beate Hartinger-Klein, MA.***
